

Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

ersch. jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 10 Pf. Halle, Dienstag, 13. März 1928. 8. Jahrgang Nr. 62

Neue Kapitulation der Reformisten

unerhörte Schandgespräch des sozialdemokratischen Schlichters Wisfler für verbindlich erklärt

(Eig. Meld.) Berlin, 12. März.

Reichsarbeitsminister Trauns hat im Konflikt zwischen Berliner Werkzeugmachern und den Berliner Metallarbeitern den vom sozialdemokratischen Schlichter von Berlin, Wisfler, erlassenen Schiedsspruch „von Amts und im öffentlichen Interesse“ für verbindlich erklärt.

Wisfler die Berliner Metallarbeiter verböhnte

Sozialdemokratischer Schlichter Wisfler hat sich im Kampf der Metallarbeiter eine bis heute einzig dastehende Stellung der Arbeiterkraft gefolgt.

Am Abend, dem 10. März, hatte Wisfler zu neuen Einberufungen eingeladen und nach deren Schlichter einen Schiedsspruch, der eine Kopie des ersten vom Schlichtungsamt gefällten Schandgesprächs ist. Außer langatmigen Erörterungen darüber, daß eine „Nachprüfung“ der Metallarbeiter erfolgen soll, enthält der neue Schiedsspruch nur eine Forderung, nämlich, daß den Werkzeugmachern ein Lohn von 1 Mark pro Stunde garantiert wird.

Das ist die ungläubliche Infamie. Denn die Werkzeugmacher bereits durchweg Stundenlöhne von über 1 Mark, die Beschlüsse des DMB, beträgt der durchschnittliche Lohn 1,80 Mark. Eben deshalb fordern die Werkzeugmacher eine Mindestlohnbedingung von 1,50 Mark. Der Schiedsspruch also seinem Werkzeugmacher auch nur einen Pfennig mehr.

Die übrigen Metallarbeiterkategorien erhalten nichts. Das weiß der Sozialdemokrat Wisfler. Er hat nach 1 Mark Stundenlohn gefordert, um seinen Schiedsspruch für Verbindlichkeitsklärung schieb zu machen, da der Schiedsspruch mangels jeder konkreten Angabe nicht verbindlich werden konnte.

Am Montag hat denn auch prompt der Reichsarbeitsminister Traun und die Parteien nochmals zu Verhandlungen ins Reichsarbeitsministerium geladen. Es sind dies die Verhandlungen, die Verbindlichkeitsklärung voraussetzen müssen.

Wisfler stellt fest, daß durch den Schiedsspruch die Rechte der Berliner Metallindustrie in seiner Welt geändert und fortwährend und ausgeartet die Welt nicht eher sein, bis die Forderung der Werkzeugmacher und für die Kategorie die schon 1927 aufgestellten Forderungen zu 1 Pfennig Lohnsteigerung bemilligt sind.

(Eig. Drahtf.) Berlin, 13. März.

Am Montag um 1 Uhr fand eine Versammlung der freiesinnigen Arbeiter statt. Es ist das für die Wiederannahme der Verbindlichkeitsklärung. Alle Delegierten waren zahlreich, das ist ein Zeichen der Solidarität der Arbeiter. Eine entsprechende Resolution fand die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Versammlung. Als die Verhandlung durch den Reichsarbeitsminister bekannt wurde, wurde bekannt: der Streik wird abgebrochen. Am Mittwoch Arbeit wieder aufgenommen. Das Hauptvorstandsmitglied des DMB, Tost, warnte vor einem Weiterstreifen auf. Er erklärte den Streik für beendet, ließ seine Meinung über die Resolution zu und schloß die Versammlung. Traun forderte, daß der Streik weitergeführt wird, auch die Verbindlichkeitsklärung. Die Kampftrakt aller Metallarbeiter entlassen werden. Die alten Forderungen des März 1927 zugunsten 15 Prozent Lohnerhöhung sind durch-

geführt am 10. März findet eine Funktionärsversammlung der Werkzeugmacher statt. Es sind dabei über alle Kategorien der Metallarbeiter. Die Beschlüsse des DMB, erklärt bereits einen Aufruf an alle Arbeiter und an alle ausgepöbelten Metallarbeiter, die am Mittwoch sich wieder aufnehmen, da der Streik aus den Händen nicht fortgeführt werden könne. Die Betriebe von Bergmann seien bereits der Presse mit, daß der Streik zur üblichen Zeit die Betriebe wieder geöffnet werden wieder dasselbe Bild. Ein gerades unerhörtes Schandgespräch, der praktisch keine Veränderung der Metallindustrie. Der Reichsarbeitsminister spricht die Verbindlichkeitsklärung aus und — die Gewerkschaftsführer aus rechtlichen Gründen — die Wiederannahme der alten immer wieder von der Opposition geforderte Bestätigung des Kampfes wurde von den Reformisten verweigert. Die Initiative den Metallindustriellen, die nächsten Schritte in diesem. Der Streik wurde zu einer neuen Kapitulation der Metallarbeiter.

Beim Abbruch des mitteldeutschen Metallarbeiterstreit erklärte der Bezirksleiter Wisfler, daß der Erfolg desselben „Das Eis gebrochen“ habe für die kommenden Kämpfe. Nun, der Berliner Kampf zeigt mit aller Schärfe, daß das „Eis gebrochen“ wurde — aber nicht für die Metallarbeiter, sondern für die Kapitalisten. Die Arbeiterkraft muß an diesem Beispiel erneut lernen, daß es so nicht weitergehen kann. Die Berliner Werkzeugmacher müssen der deutschen Arbeiterkraft vorangehen und trotz Verbindlichkeitsklärung und reformistischer Sabotage den Kampf weiterführen. Das bewundliche Spiel der Gewerkschaftsführer muß unterbunden werden.

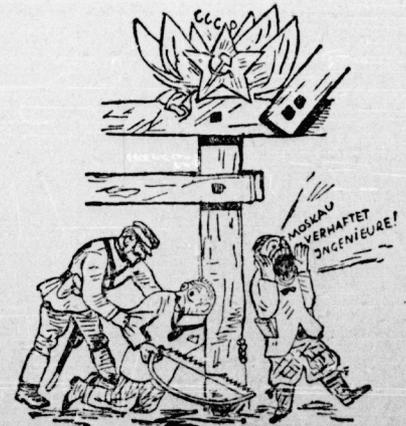
Die erlappten Diebe schreien um Hilfe

(Eig. Meldg.) Berlin, 12. März.

Die bürgerliche Presse ist dem ißt, gegenüber der Aufdeckung der Sabotageakte im Zusammenhang mit der Cometunion, an der auch deutsche Ingenieure beteiligt sind, diese weitmöglichst in Schutz zu nehmen und ohne Kenntnis der näheren Verhältnisse ihre Unschuld zu behaupten. Es fehlt auch nicht an leichten Drohungen in der Hinsicht, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch „zu scharfes Durchgreifen der Cometunion gegenüber den Sabotageakte eine Trübung dieser Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen müßte. Als Beispiel sei nur das „Berliner Tageblatt“ zitiert, das folgendes schreibt:

„Auch auf russischer Seite wird man sich nicht verhehlen, daß die Verhaftung der sechs Deutschen eine Vertrauenskrise zwischen der Berufung und der Cometunion heraufbeschwören muß... Es ist eine gewisse Zumutung der deutschen Ingenieure, sich nach Russland zu begeben, wenn sie sich sagen müssen, daß sie unter Umständen der ungeheuerlichen Selbstverdächtigung ausgesetzt sind, in Gemeinschaft mit dem polnischen Generalstab in Russland Sabotage zu treiben. Dies muß offen ausgesprochen werden. Die Verhaftung der sechs Deutschen zeigt die Notwendigkeit, daß die deutsche Regierung die Grenze des Erträglichsten mit größerer Bestimmtheit zieht, als das bis geschahen ist.“

Die Cometunion, umgeben von Feinden, die ihr bei der ersten besten Gelegenheit an die Gurgel zu springen bereit sind, hat die Pflicht, alle Sabotageakte im Keime zu erkennen. Wenn auch die weitere Entwicklung der Ereignisse und die weiteren Maßnahmen notwendig noch abgewartet werden müssen, so muß doch gegenüber den 2. Direkt hinterhältigen Wüstensünden der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen sehr deutlich darauf hingewiesen werden, wie sich der kapitalistische deutsche Staat bei Sabotage- und Spionagefällen zu verhalten pflegt. Freilich, dem Arbeiterlaas will die Bourgeoisie das Recht, sich zu wehren, absprechen. Das Proletariat will diese künstliche Aufregung richtig einschätzen wissen!



Sabotage!

Bon Viehler bis Degle

M. G. Halle, am 13. März.

Dreizehnter März — mit blutigen Letzern ist dieser Tag in die Geschichte der baltischen Arbeiterbewegung eingetragener. In diesem Tage mußten zehn Proletarier — darunter Frauen, Greise und Jugendliche — ihr Leben lassen, weil es einem polizeilichen Ordnungshüter einfiel, im geschlossenen „Kollspart“ Saal eine ideologische Blattdarstellung zu machen. Diese Vorgänge des 12. März sind auch heute — nach drei Jahren — noch so grauhaft lebendig, daß es kein Verbalien dieser Schandtat geben kann. Neue und schwere Wunden sind der mitteldeutschen Arbeiterkraft während dieser Zeit im politischen und wirtschaftlichen Kampfe geschnitten worden. Die Offensiven des Trautspitals führte die Nationalisierung durch, die mit der Stoppuhr ausgefegelten systematischen Arbeitermord. Sie führte zur Behöschung und Verelendung immer weiterer Arbeiterkreise, ließ Proletariatstämmlen langsam aber mit tödlicher Sicherheit zugrunde gehen, so daß sie an demselben Tag, das deutsche Proletariat für einwärtigen Proletariat als einzige Kolonisationsmöglichkeit erreicht haben: nach dem Friedhof. Aber am 13. März 1925 hatte ein militärischer Knüttel den kapitalistischen Systems dafür gelockt, daß in dieser Kolonisationsstätte ein Waffen-Grab zustande kam. Er hat den Reform in Grauland geschnitten. Die Viehlerische Befähigung ist bisher noch unüberboten geblieben, um so mehr als sie in einem Lande geblieben, das den Namen demokratische Republik als Firmenbild trägt. Und das ist das Bemerkenswerte an der Linie des ehemaligen, schon lange für seine Tat befürchteten, Oberleutnant Viehler: daß die der Ausdruck dieser Demokratie ist: Fremden- und Schwarze Reichsgeld, Hinter-Rausch und schwarzgezeichnete Filmkorruption, das alles ist, wenigstens nach außen hin, um formalerweise monarchistische Kleinbürger propagandistisch einzulassen, noch immer mit dem Staatsfremdschicksal gegen die republikanische Staatsform unterworfen worden. Der Viehler-Mord an zehn schlochten Proletariaten aber erfolgte im Namen und in der Linie der Weimarer Koalition. Er war die Frucht der Seering-Höring-Grüner-Politik, die jetzt in Wahlversammlungen mit ihren schwarzrot-goldenen Ergrünungsplänen vor den breiten Massen baufestigen haben.

John wehrlose Proletariat im Namen der bürgerlichen Demokratie zu erschlagen, in einem überfüllten Saal minutenlang herumzuinsultieren, eine Panik herbeizuführen, die allein schon schwere Verletzungen und Todesgefahr hervorrief — diese Beihilfen an Arbeiter vollziehen zu lassen, blieb den Männern der preußischen Koalition vorbehalten. Das Trautspital, das sich im Jahre 1925 mit der Wahl seines Stenographen jählich nach außen hin stabilisierte, gestaltete der Weimarer Koalitionregierung, ihm die Witterung, die Rolle des Polizeibundes, abzunehmen, erlaubte den latenten bürgerlichen sozialdemokratischen Zusammenhänge samt ihrem Grad von Dummheit, Regierung- und Polizeipräsidenten in heftiger demokratischer Weise den Schutz der Viehlerischen Proletariaten zu übernehmen. Das hat Viehler, dessen direkte Vorgelagte durchweg Sozialdemokraten waren — und man kann nicht oft genug die Kette blutbefleckter Namen aufzählen: Kunge, Grüner, Höring, Seering —, das hat der monarchistische Offizier mit blutbefleckter Freude getan. Verächtlich sah er auf die behördlichen Vorgelagten herunter, dieser hemmungslose Reaktor, er behielt bei der Bourgeoisie den Ruhm der Initiative, und für die halbtägige Arbeiterkraft, die in jedem März ihre Toten hat begeben müssen, war das brennendste Mal für gelassenes Blut aufgerichtet worden.

Heute, nach drei Jahren, haben die Namen gewechselt. Aber es ist dasselbe Prinzip geblieben. Seering ist durch Grzejniff, Höring durch Waentig ersetzt, Kunge durch Degle. Das Grüner, jener Ruhepolster zehn Kilometer rechts von den Deutschnationalen, wie ihn seine eigene Parteipresse nannte, hat alle Schicksalsmomente der Anwesenheit an dem Bürgerblut im Reich so mitgemacht, daß er unerklärlich in Merseburg sitzen und kein arbeiterfeindliches Handwerk betreiben kann. Kunge, der Hauptschuldige, verteilte den Polizeipräsidentenposten in der baltischen Kreisstadt Halle mit dem Landratsposten im romantischen Quackland, wo er in der Nähe der großen sozialdemokratischen Kommunalpolitischen Kulturtraten mimm. Kunge hat's nötig! Und an seine Stelle ist in Halle der Demokrat Degle getreten, der aus Gründen von Ruhe und Sicherheit einen politischen Regierungsrat beigeordnet erhielt, dessen Funktion darin besteht, keine politischen Zusammenhänge zu kapieren, was für sie nicht ästhetisch dermaßen sind. Die Viehler-Blutalität auf Konto des ungeschickten, unbedenklichen Kunge hatte das preußische Innenministerium zu einer anderen Taktik veranlaßt. Aber die ist nicht um ein Haar angefeindeter als der brutale Mord. Denn der Viehler bis Degle, von 1925 bis 1928, ist da nur eine ununterbrochene lange Kette von Schlägen, Verböten, Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der kommunistischen Partei und der anderen proletarischen Organisationen.

Heute, am 13. März, haben wir die Pflicht, diesen Weg des Viehlerknippels nochmals zu verfolgen. Und es muß hinzugefügt

Uhr
Koch
Dienstag ein
700
Seefische
ordsee
Halle
Kau
Seringe
Halle

An die mitteldeutsche Arbeiterschaft

An die Ortsgruppen der Kommunistischen Partei im Bezirk Halle-Merseburg!
An die Ortsgruppen des KZV, des KZVD, des KZVW, und der KZ, im Gau Halle-Merseburg!
An die Ortsgruppen der Roten Hilfe! An die Arbeiter-Sportorganisationen!

werden: die frömmige Aktionierlichkeit des Volkspolizeis ist so groß, daß auch die unteren Schupo-Banden in ihrer Verbands-
geheimheit Beschwerte über Beschwerte verfertigen mußten, weil
der Hauptteil ihrer Beschäftigung im Überwachen politischer Ver-
einigungen besteht. Vor drei Jahren verlangten wir Zurück-
ziehung jeder Schupo-Masse aus dem „Vollspatz“.
Heute mißt sie sich wieder dort ein, gerufen von der SPD, die vor
ein paar Wochen die demokratischen Kräfte der Gewerkschafts-
Verbindung durch wirksam illustrierte. Dann kamen die Demon-
strationen der hallischen Arbeiterschaft. Am 13. März vorigen Jahres,
wo prozentualer Schupo-Einsatz am Gasteier-
den Reichstag beschickte, in die demokratischen
den Frauen und Kindern bis einzusetzen. Ein Ansehens-
spiegel gegen unsern Genossen Bademann war die Folge.
Aber die Folge dieses Prozesses war, daß die Volkspolizei ihre
schonbar prozentualer Einsatz jetzt gegen bürgerlichen Gerücht um
die Ohren geschlagen bekam. Hier erstreckte der Polizeimajor
Hirt als schäblicher Stern am Himmel der DZP-Polizei, legt
nur verurteilt durch die Ergründung des Polizeimajors
Jorna aus Eisenblei. Jugendbegegnung wurde ihm gerichtlich
nahemehnte, obwohl er und keine Kameraden in treuherziger
Weise bei ihrem Gott gekannt hatten, nichts zu verschleißen und
nichts hinzuzufügen. Hirt ist heute noch im Dienst, Jorna erst recht.

Dann kam die Sacco- und Vanzetti-Demonstration,
die von den Offizieren des Herrn DZP wiederum zu einer aus-
gesprochenen Mißbilligungssatzung ausgenutzt wurde. Nicht nur
Demonstrationen, sondern auch die Frauen und Jugend-
liche, wurden mit Gummiknüppeln, Wasser und mit Pfeifenspitzen
gegründelt, sondern auch Festhalten, die mit der Demonstration
nicht zu tun hatten. Sie wurden im Polizeipräsidium gefesselt.
Dort wurde mit dem Gummiknüppel gemittelt, unter Kenntnis jenes
politischen Molochs des Herrn DZP, des Regierungsrats
Knappel, der während dieser Zeit im Hause anwesend und auf
die Taten aufmerksam gemacht worden war. Das bürgerliche
Kriegsgericht machte durch Freisprüche und ganz minimale Geld-
strafen das Risiko dieser Polizeimethoden beständig. Der groß-
angelegte Landfriedensbruchspiel hat in eine lächerliche Kom-
ödie zu münden. Aber trotzdem hieß G. Kühner, ohne irgend-
welche Unterlagen dafür zu haben, diese Vorfälle zum Anlaß
genommen, Demonstrationen der Kommunistischen
Partei, des KZV, und anderer proletarischer
Organisationen auf drei Wochen zu verbieten. Das
den verurteilten, genanntem, KZV, KZV, KZV, um der
Demokratie des Gummiknüppels zum Siege zu verhelfen.

Aber auch ihre Kulturkriterien können sich die Herren in der
Drehbuchstube rühmen. Der Erinnerungstag des 13. März fällt
stets zusammen mit dem Leipziger Hochratsprozess gegen Jo-
hannes K. Fischer. Dagegen werden die geschlossene Aufführung
des proletarischen Dramas „Gigantensiedler über Sojiet-
Kupland“ von Vera East. Man hegte die Kaffee-Be-
hörden, die die Aufführung in ihrem Bereich gestatten hatten, auf
und ließen zum Beitrag der Kulturkritik eines der schwarzsten
Blätter durch das hallische Verbot. Raub der verurteilten
Meinungsäußerung in Wort und Schrift, das haben jene
demokratischen Republikaner getan, die sich aus Wahldelegie
haus gegen das Reichsgericht wenden und es als Kulturkritik
bestimmen. Sie aber übertrafen mit ihrem Aufführungsverbot fast
die schlimmsten Finsternisse.

Und diese Kulturkriterien gehen naturgemäß zu ihnen, sie
ist die größte Schwärze des Gummiknüppels. Sie ist die größte
Friedens-Blutigkeit, die gewiß, wie jene schlagenden Mör-
dermethoden die Toten demokratisch illustrieren. Wir
sind, weil sie nur verurteilten Ausdrucksform der in Wahrheit
herrschenden Bürgerkriegs-Propaganda bedeuten.

Von dieser Seite: nur die Tat ist sich geändert. Das
finstere, arbeitserfindliche, mörderische System ist geblieben.
Nieder mit ihm!

Roste-Kandidatur

In dem Berliner SPD-Funktionärblatt für Monat Februar
erhielt eine Roste unter der Überschrift „Eine Kandidatur Roste“,
die sich mit der Stellung von Roste-Kandidaten zu verschiedenen
Anträgen der Kreis- und Stützungsvereinigungen beschäftigt.
Der Bezirksvorstand wurde in diesen Anträgen erlaubt, beim
Parteiortstand dahin zu wirken, daß von einer Kandidatur Roste
bei den kommenden Reichstagswahlen abgesehen werde. Darum-
hin wird in dem angeführten Blatt für Funktionäre folgende Selb-
sternennung des Bezirksvorstandes der SPD veröffentlicht:

„Der Bezirksvorstand hat zu den Anträgen in seiner Sitzung
am 21. Januar Stellung genommen und festgestellt, daß die Auf-
hebung der Kandidaten zu den öffentlichen Wahlen ausschließlich
die Angelegenheit der zuständigen Bezirksorganisation ist. Eine
andere Parteiorganisation hat in erster Linie zu entscheiden.“

Der Parteivorstand hat am 8. März 1929 den Organisations-
ausschuß einbezogen, wenn die beteiligten Organisationen ihn
dazu einfordern. Zu dies im Falle Roste bisher nicht geäußert
hat, kann (1) die Parteivorstand auch nicht mit der Angelegen-
heit beschäftigen.

In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten darauf hin-
gewiesen, daß es besser sei, wenn sich unsere Genossen nicht durch
das Geschrei der Kommunisten nervös machen lassen, denn wie
schlechte ist in dem fraglichen Wahlkreis die Kandidaturfrage
überhaupt noch nicht richtig worden.

Wird am nächsten Freitag am 12. es verständlich, daß sie
ihren Roste geben, die sich in auch ihre politische Stellungnahme
von Roste in nichts unterscheiden. Die Mitglieder der SPD,
dagegen haben nicht, was Roste ist. An den Mitglieder-
versammlungen und Arbeitsabenden der SPD, wird die Kan-
didatur Roste für festlich diskutiert und von den SPD-Arbeitern
nicht empfunden.

Aus der Stellungnahme des Partei- und Bezirksvorstandes geht
klar hervor, daß die Anträge der SPD, gar nicht daran denken, dem
Willen der SPD-Mitgliedschaft nachzugeben, sondern — wie in
allen anderen Fragen, so auch hier — gewiß sind, ihre konze-
rationäre Politik durchzuführen. Jeder schliche SPD-
Arbeiter kann aus dieser Stellungnahme des Bezirks- und Partei-
vorstandes der SPD erkennen, wohin der Weg der Sozialdemo-
kratischen Partei führt, und muß sich eingliedern in die Reihen der
revolutionären Arbeiterpartei, in die KPD!

Das wahre Gesicht des Zentrums

(Eig. Draht.) Berlin, 13. März.
Die „Bittere Zeitung“ weh zu berichten, daß Dr. Wirth zum
bedingten Zentrum nur Reichstag in den Reichstag nur aufgestellt
wird, wenn er bestimmte Bindungen einzieht. Eine Kandidatur
Dr. Spieckers ist unwahrscheinlich. Die Völkergemeinschaft durch
geht, daß der Monarchist Hürtgenland kandidiert und die
rechte Gruppe hat Dr. Verme durchgeht. Also, Reichsbanner-
leute müssen verschwinden und die Monarchisten rüden auf.

Rememorprozess Heines verlegt

(Eig. Draht.) Stuttgart, 13. März.
Die anfangs am 19. März vor dem Schwurgericht in Stuttgart in
Anspruch genommene Hauptverhandlung gegen den Rechtsanwalt A. D.
Heines und Genossen wegen der Ermordung des Hofkammer-
mannes Schmidt im Sommer 1926 ist auf den 26. März verlegt.
Doch wird wahrscheinlich der Prozess erst im April stattfinden, da
bis jetzt noch keine Verhandlungsbefehle vorliegt.

Die eingehenden Mitteilungen überläßt erlassen es uns leider
nicht, die folgende Mitteilungen des mitteldeutschen Prole-
tariats an den Reichstag am 18. März durchzuführen.
Durch das eingetragene Taumelwerk ist es unmöglich, mit voll-
ständigen Automobilen die hügelligen Straßen des Mansfelder
Landes zu passieren und unteren Aufmarsch auf den Sportplatz
zu schaffen, der durch das Schneewetter leicht zu betreten ist, durch-
zuführen.

Wir sind aus diesem Grunde gezwungen, unsere Ver-
sammlung um einige Wochen zu verschieben.

Tausende von Arbeitern haben sich bereits zur Teilnahme gemeldet.
Wiederum haben auch in diesem Jahre die wertigsten Kräfte alle
Kraft angebracht, um in geschlossenem Front mit mindestens der
gleichen Stärke wie im vorigen Jahr in Chemnitz, namentlich in
Schraplau aufzumarschieren. Keine finanziellen Opfer sind gespart
worden. Die Kameraden von fernher fürchten nicht den langen
Weg, den sie bis Schraplau zurücklegen haben. Keinesfalls der
einen Veranstaltung durch ein schlechtes Zufahren, durch mög-
liche Unfälle usw. beeinträchtigt werden. Wir haben deshalb nach
reifer Überlegung festgelegt, daß unsere Kundgebung an den
Reichstag zu

Schraplau am 15. April stattfindet.

Die Automobile müssen sofort umbestellt werden. Die eingehenden
Fahrgeber und Verlässigkeitsgeber bleiben in den Händen der
Kontingen. Weitere Anmeldungen für den 15. April nehmen num-
mehr die in Frage kommenden Stellen noch entgegen. Durch die

Verlegung der Veranstaltung bleibt unsere Ortsgruppen nicht
eine noch größere Teilnahme ihre Kraft einzusetzen. Die Ortsgruppen
ist durchzuführen. Die Ortsgruppen des Unterraums bis
Unterraum Staßfurt-Weißenfels-Zeitz, die am 25. März in
Köthen aufzumarschieren, nehmen ebenfalls am 15. April an der
Marschierung in Schraplau teil. Die technischen Kräfte
gehen den verantwortlichen Leitungen in den nächsten Tagen

Genossen, Kameraden, Arbeiter! Schraplau wird nicht nur
Kundgebung an den Reichstag unserer Mitgenossen sein, nicht nur
eine Sammlung der mitteldeutschen Arbeiter zum Kampf gegen
Tribunale und Organisations, für die Fortsetzung des
früheren Volkes in Stadt und Land, für eine Arbeiter- und Bau-
regierung.

Schraplau ist der Auftakt zum kommenden Reichstag, die
Wiederherstellung der mitteldeutschen Arbeiterschaft während der
Kampfe.

Die Lösung der Wertfragen unseres Bezirkes für den 15.
lautet:

Auf nach Schraplau!
Mobilisiert alle Kräfte des Proletariats!
Halle, den 12. März 1929.

Bezirksleitung der SPD, Halle-Merseburg,
Gesamtleitung des KZV, des KZVD, der KZ,
Bezirksleitung des KZVW,
Bezirksvorstand der Roten Hilfe.

Die Welle der Wirtschaftskämpfe wächst

(Eig. Meld.) Berlin, 12. März.

Wagen bewegen in Ellen zwischen den Bergarbeiterverbänden
und dem Zechenverband die Verhandlungen über die Arbeitszeit,
nachdem die Bergarbeiterverbände und namentlich der DVB, durch
den Druck der Opposition das bestehende Mehrarbeitsabkommen
geändert haben.

Das Organ Streifenmanns, die „Tägliche Rundschau“, glaubt an-
sichtlich dieser Verhandlungen den Zechenindustriellen des Ruhr-
bezirks beizubringen zu müssen, indem sie in ihrer Stellungnahme
zu diesen Arbeitszeitverhandlungen betont, daß die kritischen
Vertreter dabei beachten müssen, daß der härteste Konkurrenz des
Ruhrbezirkes, der englische Bergbau, eine längere Arbeitszeit
und niedrigere Löhne habe und eine Verkürzung der Arbeitszeit
im Ruhrbergbau und eine erst. Lohnsenkung, da auch der Kohlen-
markt gesättigt ist, unbedingt zu einer Verkürzung der Kon-
kurrenzfähigkeit des englischen Bergbaus führen würden.

Zur Unterstützung der Zechenindustriellen und zur Einmündung
auf die Gewerkschaftsführer, in ihren Forderungen doch möglichst
gemäß zu sein, schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die der Wagnis im
Ausland und befristeten Gehalt für die Ruhrkohle hat — rund
40 vom Hundert des Endabgabepreises erfolgen könnten — sollte
bei der Verhandlung der Arbeitszeitfrage vor allem
auf England geachtet sein, sowohl im Interesse der Werke, als
auch im Interesse der Arbeiterschaft (1), die durch Entlastungen
und teilweise Stilllegungen bei der Einschränkung des Kampfes
mit England auf das schwerste in Mitteldeutschland gezogen
würden.“

Gegenüber diesen Drohungen der „Täglichen Rundschau“, die
verfügt, durch den Hinweis auf erst. Stilllegungen usw. die Berg-
arbeiterzeit zum Zurückweichen von ihren berechtigten
Forderungen zu erzwingen, muß die Bergarbeiterzeit nach wie vor
zu ihren Forderungen stehen und sie nötigenfalls durch die An-
wendung ihrer gesamten Kampfkraft zur Durchsetzung
zu verheßen.

Unannehmbare Schiedspruch im Buchdruckergewerbe

Nachdem die direkten Lohnverhandlungen im Buchdruckergewerbe
geplatzt waren, wolle die Unternehmer keinen Versuch mehr
wagten, wurde die tarifgemeinschaftliche Schiedsinstitution, das
Zentralarbitrageamt, angewandt. Dieses hat am 10. März folgen-
den Schiedspruch gefällt:

1. Der Spitzlohn wird von 62,50 Mark je Woche auf 56 Mark
erhöht.
2. Die Erhöhung gilt vom 1. April 1929 an.
3. Der Lohnstarif läuft bis zum 31. März 1929 und kann er-
neuert am 15. Februar 1929 zu diesem Termin festgestellt
werden. Wird er nicht zu dieser Frist festgestellt, so läuft er
je drei Monate mit schwächerer Abhängigkeitskraft weiter.
4. Die Parteien haben sich gegenseitlich bis zum 17. März, mittags
12 Uhr, über die Annahme des Schiedspruchs zu erklären.

Dieser Schiedspruch der tarifgemeinschaftlichen Institution ist
die Buchdruckergewerkschaft unannehmbar. Eine Zulage
3,50 Mark auf die Mindestlöhne ist nicht enthalten ein
für die geltendgemachten Lohnforderungen. Ein
Tarifschiedsgericht für ein ganzes Jahr; die neuen Lohnansprüche
dürfen höchstens für sechs Monate abgelehnt werden.

(Eig. Meld.) Berlin, 12. März.

Nachdem die Galleiterkonferenzen der drei Tarifgewerkschaften
des Buchdruckergewerbes den Schiedspruch des Zentralarbitrage-
amts der Löhne der Buchdrucker in der Spitze um 3,50 Mark er-
höhtig vom 1. April 1929 bis 1. April 1929, als ein solches
abgelehnt haben, wird jetzt mitgeteilt, daß auch die Verbin-
de beteiligten Gewerkschaften sich diesem Schiedspruch angeschlossen
haben. Die Gründe für diese ablehnende Stellungnahme sind
die ungenügenden Lohnsenkung und in der langen Laufzeit
Vertrages zu stehen. Die Stellung der Unternehmer zu
Schiedspruch heißt noch aus.

Der Schiedspruch in der Hagen-Schweimer Metallindustrie ablehnt

Der erneuerte Schiedspruch, welchen der hessische Schieds-
gericht für die metallindustriellen Arbeiter hatte und der die
Lohnstarif mit einer dreiprozentigen Lohnsenkung gegenüber
gewerkschaftlichen Forderungen von 15 Prozent wieder in Kraft
wird, wurde durch den hessischen Arbeitereverstand abgelehnt,
während die drei Metallarbeiterverbände im Gegenzug
die Unternehmer haben bereits die sofortige Rücknahme
erklärt den Schiedspruch beantragt. Damit werden auch
Metallarbeiter des Hagen-Schweimer Bezirkes gezwungen
sich nicht mit dem hessischen Schiedsgericht abfinden zu
müssen, der DVB-Bezirksvorstand möchte den Schieds-
spruch, um einen Kampf zu vermeiden. Die Opposition hat
demgegenüber den gemeinsamen Kampf der Metallarbeiter
Hagen-Schweimer, Wuppertal und Solingen. Zur Lösung
notigen Kampfbeschlüsse verlangt sie von der DVB-Bezirks-
leitung die Einberufung der allgemeinen Metallarbeiterkonferenz
Siedet.

Unannehmbare Schiedspruch in der Schiffsbauindustrie

(Eig. Meld.) Berlin, 12. März.
In den geltenden Verhandlungen über den Reichsbahn-
Reichstarif für die Schiffsbauindustrie kam es zu einer Einigung
über die tarifgemeinschaftliche Schiedsinstitution, das
Zentralarbitrageamt, angewandt. Dieses hat am 10. März folgen-
den Schiedspruch gefällt:

1. Der Spitzlohn wird von 62,50 Mark je Woche auf 56 Mark
erhöht.
2. Die Erhöhung gilt vom 1. April 1929 an.
3. Der Lohnstarif läuft bis zum 31. März 1929 und kann er-
neuert am 15. Februar 1929 zu diesem Termin festgestellt
werden. Wird er nicht zu dieser Frist festgestellt, so läuft er
je drei Monate mit schwächerer Abhängigkeitskraft weiter.
4. Die Parteien haben sich gegenseitlich bis zum 17. März, mittags
12 Uhr, über die Annahme des Schiedspruchs zu erklären.

Bor dem Kampf der lässlichen Kommunalarbeiter

(Eig. Draht.) Berlin, 11. März.
Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat sich
abgemacht für Sachsen gefunden. Der Spitzenverband der
Kommunalarbeiter in Betracht, die in den Kampf gezogen
werden.

Lohnkämpfe der Eisenbahner

(Eig. Draht.) Berlin, 11. März.
Heute finden neue Verhandlungen statt zwischen den
bahner-Gewerkschaften und der Reichsbahn-Direktion. Die
bahner hätten 10 Prozent gefordert. Die Reichsbahn-Direktion
zuletzt abgelehnt und die Entscheidung vom Reichsbahn-
minister verlangt. Dieser hat aber abgelehnt, einzugestehen und
keinen aufzugeben, neue Verhandlungen zu beginnen. Die
Wochen läuft der Kampf ab und es ist immer noch mit dem
greifen des Reichsarbeitsministers zu rechnen.

Eine Niederlage der Reformisten in Berlin

(Eig. Draht.) Berlin, 11. März.
Gestern fand die Jahrgenerversammlung der Partei
Berlin des Deutschen Tarifarbeiterverbandes statt. Die
wahl der Ortsverwaltung erhielt die Liste der Opposition
der Reformisten 248 Stimmen. Ingesamt wurden 516 Stim-
men abgegeben. Die oppositionelle Liste erhielt also 167 Stim-
men. Bis her war die Ortsverwaltung in den Händen der Reformisten.

In Moskau hat der Vizepräsident der Partei und der
Zentralarbitrageamt einbezogen. Ihre Rolle wird
sammeln durch die Beteiligung der Comintern an der



Magin Gortli

der „Bittere“, wie sein Name auf deutsch lautet, wird am 27. März
60 Jahre alt. Wir werden das Wirten dieses Mannes noch ein-
gehend würdigen. Er hat jetzt vom Reichskommissariat für Bildungs-
wesen den Auftrag erhalten, die Weiterentwicklung der Literatur in einer
großen Sammlung für die Sowjetunion herauszugeben.

Gewerkschaftliches

Röhler „besiegt“ die SPD.

Das gefürchtete „Vollblatt“ bringt eine Röhler über eine Eltern- burger Metallarbeiter-Versammlung, in der Röhler über die letzten drei mitteleuropäischen Metallarbeiterkongresse gesprochen haben soll. Nach dieser Bericht soll eine der bekanntesten, von der Bezirksleitung des DMBB. fabrizierten Erklärungen, die eine Abgabe an die SPD. darstellen, angeblich gegen zwei Stimmen angenommen worden sein. Ferner schreibt Röhler in diesem Bericht, daß der Kollege Dreifher zwar eingeladen wurde, in dieser Versammlung zu sprechen, aber nicht erschienen ist. Wir möchten zu dieser Sache vorläufig nur folgendes sagen. Die Metallarbeiter beurteilen den Ausgang der Bewegung nicht wie Röhler, sondern wie die SPD. Daran können auch alle „Gesichtslosungsstücke“ der Röhler und Wittermüller nichts ändern. Was das Nichterscheinen des Kollegen Dreifher anbetrifft, so sei dem Bezirksleiter Röhler nur gesagt, daß die häßliche Ortswahlverwaltung nicht alles daran setzen wird, die Arbeit in Halle so einzurichten, daß der Schaden, der durch die verdräterische Streikleitung Röhlers im mitteleuropäischen Metallarbeiterkongress angerichtet worden ist, nicht zu groß wird. Immerhin sieht das „organisatorisch begabte“ Treiben einer kommunistischen Ortswahlverwaltung in Halle so aus, daß noch Beibehaltung des Kampfes Hunderte von Kaufmannhänden für den DMBB. gemacht werden könnten, was sicher teils Verdienst Röhlers, sondern ein Verdienst der „Einnühmung“ der SPD. und ihrer Presse“ in den Metallarbeiterkongress gewesen ist.

Im übrigen wissen wir, daß die Reformisten lieber „Siege“ über die SPD., als solche über die von ihnen gefügigen Kapitalisten erzingen.

Ein Schanddokument

Ein Christenrat des DMBB. soll wegen Organisation einer Erwerbslosen demonstration ausgeschlossen werden.

Anfänglich hat in diesem Jahre fälligen Reichstags-, Länder- und Gemeinderäten etc. die Stellung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften gegenüber den Erwerbslosenforderungen zu betrachten.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Erwerbslosen nicht nur als Gruppe, sondern als Individuen zu betrachten. In dem Maße, wie die Erwerbslosen mit dem Hungergeissen Untergrund nicht mehr erträglich können, ist in den Reihen der steigenden Selbstmörder nicht mehr zu zweifeln. Selbst der „Sowjett“, das Zentralorgan der SPD., brachte am 14. Januar einen Leitartikel, „Selbst den Erwerbslosen“, in dem gefordert wurde der fortwährende Bedürfnisprüfung aller die Empfänger der Arbeitslosen- und Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Die Erwerbslosen müssen absolut damit einverstanden, wenn die Gewerkschaften die Zulammenfassung und Interessensvertretung vornehmen würden. In Wirklichkeit will man diese Interessensvertretung gar nicht haben. Das beweist ein handloser Brief, den der 11. DMBB. Bezirk an den DMBB. Ortsausgang in Burg a. H. richtete. Dieser Ortsausgang hatte eine Erwerbslosenversammlung und demonstration einberufen. Dies absolut heutzutage wertvolle Einsehen für die Interessen der Erwerbslosen wurde vom Bezirksausgang so folgt beurteilt:

„Werte Genossen!

Wir sind mitgeteilt, daß Ihr im Ortsausgang beschließen habt, am Sonntag, dem 5. Februar, in Burg a. H. eine Erwerbslosen demonstration abzuhalten, auf welcher der Rühlerabgeordnete Käster sprechen soll. Ich habe bereits in meinem früheren Rundschreiben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht Aufgabe der Ortsausgänge sein kann, derartige nutzlose Demonstrationen, die zu nichts weiter als zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen, zu veranstalten.

Ich muß dringend bitten, daß solche Veranstaltungen nicht unter dem Namen der Ortsausgänge durchgeführt werden, da ich sonst gezwungen bin, gegen die gefährlichen Mitglieder des Ortsausgangs die statutarischen vorerhaltenen Maßnahmen durchzuführen. Ich bitte euch, damit die Interessen der Erwerbslosen zulasten, wer der Veranstalter der Erwerbslosen demonstration war, wer für die Unkosten aufkommen ist, damit wir im Bezirksausgang zu der Angelegenheit Stellung nehmen können.

Wit folgeteinem Grub

Dieser Brief muß man nicht einmal, sondern mehrere Male lesen. Man beachte die Ausdrücke, wie „nutzlose Demonstration“, „nichts weiter als Verschärfung der Arbeitslosigkeit“, „solche Veranstaltungen nicht im Namen der Ortsausgänge durchgeführt werden“, zum Schluß kommt die unerwartete Aufforderung, daß die Interessierten der Erwerbslosen demonstration nicht zurückzutreten und daß der Ortsausgang wegen dieses Eintrages für die Erwerbslosen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden soll. Also, wenn die Erwerbslosen vor Hunger nicht mehr ein und aus müssen, so bedeutet ihre Forderung eine „Verschärfung der Arbeitslosigkeit“. Wenn sie für ihre Forderungen demonstrieren, so wird das „nutzlose Demonstration“.

Dies ist das wahre Gesicht der Gewerkschaften, das in diesem Schreiben zum Ausdruck kommt. Der tiefe Haß der falschen Spielführer zeigt sich hier deutlich.

Für die Erwerbslosen erwächst hieraus die Aufgabe, in den Gewerkschaften für die Beteiligung der reformistischen Führer einzutreten und dafür zu sorgen, daß bei den kommenden Wahlen der Sozialdemokratischen Partei keine Arbeiterstimmen gegeben werden.

Wie der Deutsche Bauergewerksbund in diesem Jahre die Löhne der Bauarbeiter „regelt“

A. K. Nachdem die Konferenz des Bundesrates und Bundesvorstandes am 21. und 22. Februar in Hamburg für die gesamten Bauarbeiter die Lohnforderungen der Bauarbeiter beschlossen haben, geht man jetzt noch weiter und stellt in den einzelnen Bezirken Lohnforderungen auf, ohne der Mitgliedschaft dazu überhaupt Stellung nehmen zu lassen. Der Hamburger Bezirk bedeutet schon eine vollständige Kapitulation vor den Baugewerkschaften.

In dem Vorhaben die Sollen-Anzahl hat sich folgendes kaum glaubliche zugestanden: Am 4. März tagte in Berlin die Konferenz der Angehörigen für den Bezirk. Dort wurde die Lohnforderung der Bauarbeiter beschlossen und beschlossen.

Die Angehörigen sind zu der Konferenz erschienen, ohne daß die Mitgliedschaft überhaupt zur Vorkonferenz befragt worden ist.

Auf der Konferenz wurde dann beschlossen, daß die Lohnforderung für die Spitze schon Feiern a. H. betragen soll, und zwar bis zum 26. September 1928. Wenn diese Forderung von zehn Wägung eine längere überholte Tagelohn ist, so ist doch die Rechtsprechung der Mitgliedschaft bei Lohnforderungen wohl eine einzig dastehende Geschichte in der Gewerkschaftsbewegung.

Weiter erklärte ein Angehöriger, daß an einen Zeitpunkt in diesem Jahre überhaupt nicht zu denken ist. Diese Linie ist ein offenes Gezeugniss zur großen Koalition der SPD. An uns Bauarbeiter liegt es nun, diese Zustände zu beenden, die reformistischen Führer zum Teufel zu jagen und an ihre Stelle Klassenbewußte Arbeiter zu setzen.

Achtung, kommunistische Mittel!

Wachung, kommunistische Mittel! Mittwoch, den 14. März, pünktlich abends 7 Uhr, in der Produktions-Saal. Alles muß eingebracht werden.

Kampforganisation oder Unterstützungsverein

Die freien Gewerkschaften in Deutschland haben unter Führung der SPD. entsprechend der Einteilung der sozialdemokratischen Führer zum kapitalistischen Staat den Boden des revolutionären Klassenkampfes vollkommen verlassen. Sie arbeiten unter dieser Führung mit dem Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Vergegen sind die Lehren von Karl Marx, der Sozialismus ist in nebelweite Fernen verlagert. Als Ersatz dafür wollen sie den Arbeiter ihre „Wirtschaftliche Organisation“ schmachten machen. Die Förderung des hässlichen Sozialismus, mit dessen Hilfe die Verbensalisierung der Arbeiterklasse gemeinsam heruntergebrückt wird, ist der Zusatz ihrer wirtschaftsrechtlichen Einteilung. Durch die Unterwerfung der sozialistischen Rationalisierung haben sie erreicht, daß die Unternehmer märchenhafte Gewinne einheimen, während die Arbeiterklasse immer häufiger verelendet. Eine direkte Folge dieser haarschaltenden Politik - des Verneinens jeder Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft durch Lohn- und Arbeitskämpfe - ist der Bürgerkrieg, der die offene Diktatur der Großbourgeoisie vorbereitet. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich genau dem Bisherigen im Programm ihrer Partei im kapitalistischen Staat häufig hingestellt und müssen so den Kampf der Arbeiter als Klasse gegen die Unternehmerklasse zur Durchführung ihrer sozialen Forderungen verhindern, weil er die Stabilisierung ihres kapitalistischen Staates gefährdet.

Es liegt schon fern genug, um den Willen der Arbeiter in jeder Partei zu regeln was es, der das Wort trägt, daß keine Regierung sich gegen den Willen der Gewerkschaften ausbreiten kann, daß nur 24 Stunden halten können.

Die SPD-Führer betrachten die Arbeiter auf dem Kampf der Verbensalisierung, in der Wirtschaft, lünnen auf den Kampf, nicht einmal die parlamentarische Kraft der Arbeiter auszunützen.

In den nächsten Wochen und Monaten soll nun dieses Land von Invalidentversicherung in den Mitglieder entgegenzunehmen werden. Betrachten wir uns die Vorgänge etwas genauer, so ist erforderlich die Einführung der Invalidentversicherung der zweiten Klasse von 25 % in, der dritten Klasse von 30 %. Der Hauptfaktor der Schärfe liegt bei der Bestimmung der Beitragserhöhung, die in „dem Einkommen der Metallarbeiter angepasst“ ist, damit die Löhnen von den Metallarbeitern getragen werden können. Da der Beitrag in der ersten Klasse mit der Kapitalistischer Löhnen von 150 bis 160 Mark beträgt, er sich notwendigerweise auf 150 bis 160 Mark belaufen muß, so „Anpassung an das Einkommen der Metallarbeiter“ ist zweifelhaft. Wenn man betrachtet, daß der Durchschnitt der gelehrten Metallarbeiter nach den Angaben des DMBB. für das Jahr 1926 716 M., und bei den ungelahrten Metallarbeitern 575 M. betrug, und wenn man sich die Verhältnisse in der Wirtschaft der durchschnätslohn nicht weitentlich erhöht, so beschränkt besagten Arbeiter beim besten Willen nicht weiter, dem Verband beizutreten und die hohen Beiträge zu zahlen.

Reuna-Word!

Einem entsehligen Tod fand am Sonnabend um 16.15 Uhr der Arbeiter Kurt Schöne aus Weichenau, 30 Jahre alt, in Reuna-Wert. Er war im Jahr 1923 (Zustufungsbetrieb) mit dem Reingien eines Kohrens beschäftigt. Das zu jenem Rettungsauges war er zu hoch, als er es bewältigen wollte. Er geriet in den Schwindel, zog der Unglücksfälle und dieser wurde hauptsächlich gebrückt. Er war jetzt tot. Wieder ein Opfer des Reuna-Kapitals!

tes erfüllt. Weil sie jeden Einsatz der in den Gewerkschaften organisierten Kraft der Arbeiterklasse labotieren und sich auf parlamentarische Gerede beschränken, werden die Unterfürungs-lasse der kapitalistischen Sozialversicherungen nicht nur nicht höher, sondern die Verluste der Bourgeoisie, sie abzubauen, immer härter.

Über wirtschaftsrechtlichen Linie folgend, behandeln die sozialdemokratischen Gewerkschaften die ehemaligen Kampforganisationen der Arbeiterklasse immer noch zu bloßen Unterfürungseinrichtungen. Verschiedene Gewerkschaften haben schon neben den bisherigen Unterfürungseinrichtungen die Alters- und Invalidenversicherungen vereinigt. Die Forderung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wollte bis vor kurzer Zeit bei den Arbeitern noch den Eindruck erwecken, als ob sie im Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften einen rationaleren Politik betrieb. Die Bewegungen der Metallarbeiter im Jahre 1927 haben dagegen gezeigt, daß die sozialdemokratischen Führer des Metallarbeiterverbandes sich in nichts von ihren Verleugern in den anderen Bezirken unterscheiden. Einigen der früher einmütigen Kampfschlüsse wurde auf den Verbandstagen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung stets abgelehnt. Auf dem letzten Verbandstag in Bremen wurde infolge der immer offensichtlicher werdenden Rechtslenkung der DMBB. Führung der Vorstand beauftragt, die Frage der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung zu prüfen. Damit wurde offenbar, daß die DMBB. Führung trotz aller linken Reden an einen ernsthaften Kampf gegen das kapitalistische System nicht denkt. Im Paragrah 1 Abs. 3 des Statutes heißt es:

Der Deutsche Metallarbeiterverband steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Er erteilt die Überleitung der privatrechtlichen Produktionsmittel in die sozialistische.

Dieser Passus ist nur noch eine Verleugung, die aus Tradition herkömmt. Der Vorstand hat der früher einmütigen Kampfschlüsse, die Möglichkeit der Einführung zu prüfen, weit hinausgegangen und hat gleich eine Vorlage ausgearbeitet, die dem am 15. und 17. November 1927 faenden Bezirk vorgelegt wurde. Im erweiterten Bericht wurden starke Bedenken erhoben, doch hat die Mehrheit

grundsätzlich der Einführung der Invalidenversicherung zugestimmt

Der Hauptfaktore Schöfer erklärte dabei:

„Wenn wir denen, die nicht mehr arbeiten können, helfen wollen, können wir nicht warten, bis unsere Macht im Staate dafür stark genug ist.“

„Gibt es eine härtere Beurteilung der reformistischen Politik, die die Gewerkschaften zur Schmachtdamurteilt? Wer nicht plänt, kann auch dem kapitalistischen Staat seine Erhöhung der sozialen Leistungen erreichen. Die Macht der Gewerkschaften im Staate

Die Baudrucker haben Gewehr bei Fuß

Wesern fand eine zahlreich besuchte Versammlung des Ortsverbandes am 11. Februar in der Deutschen Baudrucker hat, um den Bericht über die stattgehenden Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Nach eingehendem Bericht des Gewerkschafters König nahmen die verammelten Baudrucker einstimmig nachdrückliche Entschliesung an, deren Konsequenzen nicht und gang gewündigt werden.

Entschliesung:

Die am 12. März jährlich beschlossene Versammlung des Ortsvereins Halle im R. d. B. nahm den Bericht des Gewerkschafters König über die stattgehenden Lohnverhandlungen entgegen und bringt mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck, daß die feilgelegte wünschentliche Entlohnung bei weitem nicht den gerechten Ausgleich bringt, den die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern. Ferner kommt noch die feilgelegte Dauer des Lohnabkommens, die bei den vorerhaltenen Schwankungen der wirtschaftlichen Verhältnisse alle Vorkehrungen, um so mehr, da die Prinzipalsätze ebenfalls bewiesen hat, daß sie nicht im geringsten bereit ist, etwaigen veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Aus den angeführten Gründen erwarten die reformistischen Mitglieder von den Zukunftigen Verhandlungen, daß sie in allen Mitteln verfahren, eine gerechte Entlohnung herbeizuführen. Sie werden hierzu die aktive Unterstützung und erwarten dieselbe von allen Mitgliedern des Verbandes.

An alle Landes- und Bezirksvermerbslosienausgüsse

Das Sekretariat des Reichsausgusses der Erwerbslosen hat keine Bureauräume, die bisher in Berlin SW. 68, Kochstr. 73, waren, aufgegeben.

Alle Vorkommnisse, Briefe, Zeitungen usw. sind in Zukunft zu richten an: Reichsausguss der Erwerbslosen, J. B. Eric Stiefen, Berlin C 25, Weddingstr. 4.

Für diese Leistung der Mitglieder sollen nach dem üblichen Tarif im Falle der Invalidität in der ersten Klasse von 300 Markrente pro Jahr gezahlt werden, wobei die Höhe der Verbandszugehörigkeit von 520 Wochen aufwärts entrichtet werden soll. Was bedeutet im Falle der Invalidität im Jahresrente von höchstens 300 Mark. Das ist ein Betrüger der Kollegen im Alter, aber der Anwaltlichkeit nicht die Leistung ist. Dazu kommt noch, daß die Vorteile des Verbandes die Zahlung der Invalidenunterstützung nur an den Arbeiter vorzieht, die auch vom Staat eine solche Rente aus der Invalidenversicherung erhalten. Das bedeutet, daß alle Kollegen von den Rentenverlusten des kapitalistischen Staates nicht arbeitsfähig abwärts würdig gehalten werden, Rente zu bekommen, der Verband noch geschlichter werden sollen. Angeblich darum, weil sich sonst der Arbeiterapparat von Vertrauensrätern halten müßte, wodurch der Wirtschaftlich erhöht werden müßte. Hier demonstriert der Verband offen seine Solidarität mit den kapitalistischen Verhältnissen.

Im Übrigen soll die Invalidenunterstützung lebenslang im Alter der Mitglieder von den Kapitalisten sein, doch der Verband den Kampf, den Einzelnen keine eigenen Pflichten zu zwingen, nicht läßt.

Für die SPD-Führer in den Gewerkschaften sind ebenfalls die Arbeiter neue Lasten auf den Kopf der Arbeiter von der Erhöhung der sozialen Leistungen zu. War schon die Einführung der Kranken- und Erwerbslosenversicherung für mich leutere der DMBB. im Jahre 1926 2779 M., und die Einführung der Invalidenversicherung im Jahre 1927 eine Verminderung des Rampfardarunterstützung, so bedeutet die Einführung der Invaliden- und Altersversicherung die Schwächung des Verbandes zu einem Unterstützungsverein. Das würde durch Einführung dieser Unterfürungseinrichtungen ein Einzug für den Verband bedeuten, wenn nicht der DMBB. ein Verneinung des Verbandes abgeben würde. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen die Opposition in ihrem Kampf gegen den Versuch der SPD.-Bureauräten, den Verband zu einem Unterstützungsverein zu machen, unterstützen, indem sie in den nächsten Tagen mit dem Reichsausguss der Erwerbslosen Verhandlungen über die Einführung der Invalidenversicherung in der ersten Klasse vereinbaren. Diese Verhandlungen werden unter der Leitung des Reichsausgusses der Erwerbslosen abgehalten. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen die Opposition in ihrem Kampf gegen den Versuch der SPD.-Bureauräten, den Verband zu einem Unterstützungsverein zu machen, unterstützen, indem sie in den nächsten Tagen mit dem Reichsausguss der Erwerbslosen Verhandlungen über die Einführung der Invalidenversicherung in der ersten Klasse vereinbaren. Diese Verhandlungen werden unter der Leitung des Reichsausgusses der Erwerbslosen abgehalten. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen die Opposition in ihrem Kampf gegen den Versuch der SPD.-Bureauräten, den Verband zu einem Unterstützungsverein zu machen, unterstützen, indem sie in den nächsten Tagen mit dem Reichsausguss der Erwerbslosen Verhandlungen über die Einführung der Invalidenversicherung in der ersten Klasse vereinbaren. Diese Verhandlungen werden unter der Leitung des Reichsausgusses der Erwerbslosen abgehalten.

Der Namenssachl Stellen ist bewegen notwendig, da die Gewerkschaften in der Ausschreibung der Vorkommnisse der Angehörigen, die Stellen von dieser Ausschreibung Kenntnis zu geben, um eine Verrogerung der Ausschreibungen zu vermeiden.

Wachung: Reichsvermerbslosientag. Auf den vermerbslosientage werden die Mitglieder der Ortsvereine der Reichsvermerbslosientage eingeladen, die die Angehörigen der Reichsvermerbslosientage mitbringen. Die Vorbereitung der Ortsvereine soll in der nächsten Woche im Reichsausguss der Erwerbslosen stattfinden. Die Angehörigen der Reichsvermerbslosientage sollen die Angehörigen der Reichsvermerbslosientage in der nächsten Woche im Reichsausguss der Erwerbslosen kennenlernen.

Du muß zur Versammlung!

Zeit. Allgemeinindubrie. Dienstag, 13. März, abends 7 Uhr, im Restaurant Kämpfe Sitzung der Gewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute. Beschlüsse über die Bildung des Lohnvertrages. Jeder Betrieb muß anwesend treten sein.

Werdet Mitglied der freien Gewerkschaften

Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wählt Mitglied der freien Gewerkschaften! Stärkt die Gewerkschaftsoptionen! Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Die SPD-Führer betrachten die Arbeiter auf dem Kampf der Verbensalisierung, in der Wirtschaft, lünnen auf den Kampf, nicht einmal die parlamentarische Kraft der Arbeiter auszunützen.

